

20. Juni 2015

Die Fragen stellte Laura Werner, Master-Studentin Internationale Beziehungen HU/FU Berlin / Uni Potsdam.

Laura Werner:

Frau Bundeskanzlerin, am nächsten Mittwoch kommt die britische Königin zu Besuch. Kann der Deutschland-Besuch der Königin denn als positives Zeichen für eine gemeinsame europäische Zukunft gewertet werden?

Bundeskanzlerin Merkel:

Erst einmal freuen wir uns alle sehr, dass Königin Elizabeth nach Deutschland kommt. Nach den schon vier Staatsbesuchen jetzt der fünfte – und das ist immer ein großes Ereignis. Zweitens ist Königin Elizabeth eine Zeitzeugin für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien, die heute sehr freundschaftlich sind, aber die sich natürlich auch erst in den Jahrzehnten der Existenz der Bundesrepublik Deutschland entwickelt haben. Und natürlich ist es erst einmal ein Zeichen eines guten deutsch-britischen Verhältnisses – auch das umfangreiche Besuchsprogramm, das sie hier in Deutschland absolviert –, aber wir verstehen uns auch immer natürlich als Partner in einer Europäischen Union. Und ich wünsche mir – das habe ich oft gesagt – natürlich, dass Großbritannien auch Teil dieser Europäischen Union bleibt. Aber wir haben sehr viele Gemeinsamkeiten: Wir sind in internationalen Einsätzen gemeinsam für Frieden und Freiheit und Demokratie tätig. Wir arbeiten für die Abkommen, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen. Wir unterstützen freie Handelsbeziehungen rund um den Globus. Also, sehr viele Gemeinsamkeiten in der Politik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien.

Vor wenigen Wochen hat Königin Elizabeth in ihrer Rede zur Eröffnung des Parlaments ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU angekündigt, das bis Ende 2017 durchgeführt werden soll. Ist die Sorge denn begründet, dass sich die britische Bevölkerung tatsächlich für den Austritt aus der Europäischen Union entscheiden könnte?

Ich wiederhole noch mal: Ich wünsche mir, dass Großbritannien in der Europäischen Union bleibt. Und ich denke, dass darüber auch eine sehr intensive Diskussion in Großbritannien stattfinden wird. Es ist zum Schluss die Entscheidung der Menschen in Großbritannien, der ich und kein anderer vorgreifen kann. Aber wir werden natürlich darüber diskutieren, welche Vorstellungen die britische Regierung hat, damit ein solches Referendum zu einem Erfolg geführt werden kann.

Während des Besuches von Premierminister Cameron Ende Mai in Berlin haben Sie sich gegenüber der von Großbritannien angestrebten EU-Reform offen gezeigt. Wo sehen Sie den Reformwünschen Großbritanniens allerdings Grenzen gesetzt?

Es gibt Grenzen. Es gibt die eine Grenze, dass wir von dem Prinzip der Freizügigkeit in Europa nicht abweichen werden. Und es muss natürlich auch der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gelten. Aber innerhalb dieser Grenzen kann man für Anliegen von Großbritannien Lösungen finden, davon bin ich überzeugt. Aus der Geschichte der Eu-

ropäischen Union wissen wir, dass wir schon öfter solche Wünsche von einigen Mitgliedstaaten hatten, einen besonderen Weg zu gehen – Dänemark, zum Beispiel und auch Irland. Und immer haben wir Lösungen gefunden. Das heißt, ich gehe an die Vorstellungen Großbritanniens so heran, dass ich sage: Wir wollen eine Lösung finden, aber die Leitplanken in Form der Freizügigkeit und der Nichtdiskriminierung sind auch ganz klar gesetzt.

Großbritannien möchte Reformen in der EU noch vor dem geplanten Referendum durchsetzen und erst dann über einen möglichen Austritt entscheiden. Inwiefern untergräbt ein solches Ultimatum das Fundament der Europäischen Union?

Ich glaube nicht, dass das ein Ultimatum ist, sondern das ist der Wunsch, bestimmte Vorstellungen in der Europäischen Union umzusetzen. Da gibt es auch durchaus an einigen Stellen Gemeinsamkeiten – zum Beispiel, wenn es um Bürokratieabbau geht, zum Beispiel auch, wenn es um die Frage von sozialem Missbrauch innerhalb der Europäischen Union geht. Dann gibt es auch Dinge, da sind wir ganz unterschiedlicher Meinung; da muss man eine besondere Regelung für Großbritannien finden. Zum Beispiel der Grundsatz der „Ever Closer Union“, also des Zusammenwachsens der Europäischen Union: Da ist Deutschland der Meinung, dass das richtig ist, dass die Europäische Union sich durchaus immer weiter integrieren soll – über die Geschwindigkeit kann man sprechen. Also, wir werden konstruktiv an diese Dinge herangehen. Ich sehe es nicht als Ultimatum, sondern ich sehe es als eine Schaffung von Klarheit. Und darauf basiert dann die Grundlage, über die die britischen Bürgerinnen und Bürger entscheiden werden.